

Protokoll der Sitzung des Attac-Rates am 10. September 2022

in Form einer Video-Konferenz

Teilnehmende Ratsmitglieder

Aaron G. Hannover (junges Attac); Alfred E., München (KoKreis); Anne B. (Rat) bis zur Pause; Annette S., Bochum; Barbara F., Berlin; Bernd L. (EKU AG); Brigitte (AG Europa); Chris R. (KoKreis); Dagmar P., Bonn; Emilio W. (Dachverband der Kritischen Aktionär*innen); Florian L., Berlin ab 14 Uhr; Gabriele S.; Harald P., Böblingen; Hardy K. (AG gfa); Helga R., Berlin; Herma G., Aalen; Judith A., Rosenheim (KoKreis) ab 10:15 Uhr; Julia G., Tübingen; Jürgen S., Osnabrück; Martina J. (AG Globalisierung und Krieg); Matthias J.; Mawi (AG Deprivatisierung); Mechthild, Rosenheim (FLINTA-Plenum); Remi F., Berlin; Roland S. (KoKreis); Rüdiger W. (AG Gegen Rechts); Stephan L. (AG Finanzmärkte und Steuern); Thomas E.-K., Düsseldorf (KoKreis); Ulrike P., Göttingen; Uwe, Dresden; Werner R. (ila) vorauss. bis zur Pause.

Gäste:

Bundesbüro: Frauke (bis zur Mittagspause)

Franz E.; Inge K., München; Werner L.; Helmut E., Dortmund; Marie-Dominique V.; Rainer W., Gütersloh; Ingeborg S., Halle; Gerold K.; Renate J.

Moderation: Aaron, Bernd bis Mittag, anschließend Aaron und Julia

Protokoll: Bernd (überwiegende), Julia, Aaron

Awareness: Anne B., Mechthild, Ulrike

Sitzungsmaterialien und Anträge

Dieses Protokoll und die Sitzungsmaterialien sind zu finden über folgenden Link:

<https://www.attac.de/das-ist-attac/organisation/rat/sitzungen/2022/10092022>

Tagesordnung

- TOP 1: Begrüßung und gemeinsamer Start (Moderation, Protokollführung, Awareness)
- TOP 2: Festlegung Tagesordnung
- TOP 3: Beschlussfassung Protokoll
- TOP 4: Kampagne „Krisenkosten“ (wirtschaftliche Entlastung)
Referat & Kleingruppen
Schwerpunkte Kampagne / Geplante Aktivitäten / Beteiligungsangebote
- TOP 5: Bestätigungen von AGs (Kommunen, De-Privatisierung)
- TOP 6: Nachwahl AGs und PGs des Rates
(Insbesondere für Ratsmitglieder, die an der Präsenz-Sitzung nicht teilnehmen konnten)
- TOP 7: Rücknahme Beschluss des Rates zur PG "Soziale Frage"
- TOP 8: Berichte
- TOP 9: Feedback / Verabschiedung

TOP 1: Begrüßung und gemeinsamer Start,

Aaron begrüßt alle und erläutert die organisatorischen Punkte.

TOP 2: Festlegung der Tagesordnung

Vorschlag:

TOP 6 (Umstrukturierung Sand im Getriebe) wird nicht behandelt. Die anderen TOPs verschieben sich entsprechend.

Das bedeutet auch: Es gibt daher keine Beschlüsse dazu bis zum Ratschlag.

Der Kokreis kann darüber nicht entscheiden, kann aber wie andere auch (Finanz-) Anträge für den Ratschlag dazu stellen (davor findet keine Ratssitzung mehr statt).

Ein Haushaltsposten ist dafür ist vorerst nicht vorgesehen, die Finanz-AG des Kokreis wird eine Empfehlung dazu geben.

Zum Vorschlag, den TOP nicht zu behandeln, gibt es keine Einwände.

Er wird angenommen.

TOP 3: Beschlussfassung Protokoll der Ratssitzung vom 2. & 3. Juli 2022

Antrag auf Änderung zu 8.1

Bisher steht dort: "Kein Widerspruch" durch "Widerspruch durch Ingeborg Schellmann inkl. der Begründung".

Ingeborg gibt an dass sie schon am Samstag widersprochen habe.

Antrag auf die Ermöglichung einer persönlichen Erklärung von Ingeborg.

Abstimmung:

Ingeborgs Stellungnahme (eine persönliche Erklärung zum Protokoll) soll am Ende des Protokolls dieser Ratssitzung angehängt werden.

Mit klarer Mehrheit angenommen

Abstimmung:

Darf Ingeborg eine Stellungnahme in dieser Sitzung vortragen?

Mit klarer Mehrheit abgelehnt

Das Foto von der Assange-Aktion soll auch ins Protokoll rein

TOP 4: Kampagne Krisenkosten

Präsentation und Vortrag von Thomas E.-K.: Siehe die entsprechenden Folien

DISKUSSION

- Wenn der CETA Handelsvertrag durchgesetzt wird, werden viele unserer Ideen zu Daseinsvorsorge oder Energieerzeugung nicht umsetzbar sein.

Auch die Grünen wollen kommende Woche im Bundestag zustimmen

- CETA ist nicht ein Thema unter vielen, sondern betrifft viele andere Bereiche direkt

- Wenn wir das umsetzen was wir vorschlagen, ist CETA nachrangig, denn die Klimafolgekosten von 1 Bill. Euro sind sehr viel höher als die CETA Klagesummen.

- CETA würde die Klimaziele unerreichbar machen

- Das Thema Krieg hat im Vortrag keine Vorschläge bekommen (100 Mrd. Paket, Aufrüstung...) obwohl im versandten Papier erwähnt.

Auch auf der ESU wurde das mitdiskutiert.

Auf dem 23.9. Klimastreik FFF sollte das mit einbezogen werden

- Bei der Kriegsfrage bräuchte es zwei Abgrenzungen, die in attac, wie auch in der Friedensbewegung schwierig sind:

Von denen die Russland für das kleinere Übel in diesem Krieg halten, und von denen die sich hinter die Ukraine stellen. Wie aus der Kriegslogik raus?

Ohne eine solche Abgrenzung werden wir klein bleiben

- Zu: „Maßnahmen für die, die es brauchen“ (aus dem Vortrag): Ist neoliberale Logik, erst werden Verarmungsprozesse ausgelöst und dann wird einigen doch geholfen.

Seit Aachen 2003 gibt es aber einen Konsens in attac:

Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und in gesicherten Verhältnissen leben ist ein Menschenrecht

- Vorschlag:

Recht auf ein ausreichendes Einkommen zur gesellschaftlichen Teilhabe in die Kampagnen integrieren

- Nicht nur Zwangsräumungen verhindern, auch Stromsperrungen verhindern in die Kampagne
Energiekosten sind dritte Miete, deshalb Energie und Wohnen verknüpfen

- Vergesellschaftungsforderungen inkl. Demokratisierung sollten weiter eingeflochten werden,
Unterscheidet uns auch von anderen

- Vergesellschaftung und Energiecharta: Nicht alles in den gleichen Text

Wir brauchen Zuspitzungen und Einbindungen in den Kontext, Verhinderung von Energiesperren gehören natürlich dazu.

- Zur Kritik an "Die die es brauchen":

Wir wollen dem Entlastungspaket etwas entgegensetzen. Steuererleichterung und Kompensation der kalten Steuerprogression: Das ist nicht was wir brauchen.

Wir brauchen eine Absicherung für ein Gutes Leben für alle, wir finden da eine Konsens Formulierung, ist inhaltlich kein Dissens.

- Freihandel kann auch Reprivatisierung bedeuten, Haushaltsfragen sind für viele wichtig, das berücksichtigen

- Abrüstung: Dazu kriegen wir keinen Konsens, aber vielleicht zu Gewaltverzicht

- 9 Euro Ticket: Berufstätige kamen nicht mehr in die Züge: Infrastruktur ist wichtig

- Konzernen die Verfügungsgewalt entziehen wollen: Enteignung besser raus, weil das kriegen wir nicht hin

- Ukraine Krieg: Vielleicht Einigkeit möglich gegen Waffenexporte, zu den 100 Mrd. Aufrüstung, Waffenstillstand?

- Kampagne beim Rat besser angesiedelt als beim Kokreis: Da könnten Regio Gruppen leichter andocken

- Wir sollten über die Kampagnen im Herbst diskutieren, weniger die globale Lage, Diskussion strukturieren, zuspitzen, nicht alle möglichen Themen rein.

- Wir können wir die Politik nicht dahin treiben, dass sie etwas in unserem Sinne tut. Hohe Lebensmittelpreise zu erwarten, Einwanderung z. B. aus Italien möglich

Wir brauchen spürbaren, radikalen, scharfen Protest

- Es ist Aufgabe des Kokreises aktuelle Debatten und Kampagnen zu organisieren.

Da kann gern mitmachen wer möchte

Der Arbeitsrhythmus des Rates passt nicht dazu

Wir diskutieren heute über Forderungen dazu hier im Rat

KLEINGRUPPENPHASE

Energie: Alfred, Emilio, Herma & Rüdiger, Harald, Wernern R., mawi, Judith, Gabriele, Bernd, Jürgen, Martin, Stephan, Frauke, Brigitte, Roland, Mechthild, Matthias

Wohnen: Uwe, Chris, Martina (sind so wenige), Julia, Barbara

Verkehr: Anne, Thomas EK, Helga, Helmut, Aaron, Annette, Ulrike

Gruppenpads sind nun auch hierher kopiert:

Verkehr: <https://pad.attac.de/pad/#/2/pad/edit/IM3mMRiLpeYmrZMU31x97yin/>

Energie: <https://pad.attac.de/pad/#/2/pad/edit/-Z5aPg6EG9g5oR3RODmmlleYe/>

Wohnen: <https://pad.attac.de/pad/#/2/pad/edit/kRXmtnHPdNU5M4P8-XifikxS/>

Kleingruppe Energie

Frage nach den einzusetzenden Energieformen / zu nutzenden Energiequellen

- Es muss ernsthaft diskutiert werden, ob nicht besser russisches Gas als ökologisch noch sehr viel schädlicheres und teureres Fracking-Gas genutzt werden sollte
- Einwand 1: Wir müssen unseren gesamten (fossilen) Energieverbrauch schlichtweg drastisch reduzieren

- Einwand 2: Gas soll in einer aktuellen Imagekampagne grün gelabelt werden; außerdem handelt es sich, solange man sich nicht allen russischen Forderungen unterwirft, eher um eine theoretische Debatte
- Erwiderung: Wir haben da tatsächlich praktisch keinen Einfluss. Aber wir müssten Initiativen unterstützen, dass der Krieg ebenso wenig atomar eskalieren darf, wie wir dafür sorgen müssten, dass die Energiefrage nicht der Kriegslogik unterworfen wird. Sollten wir komplett aus den fossilen Energien aussteigen wollen, müssen wir erneuerbare Energien rasant ausbauen (und das mit einer Sozialpolitik kombinieren, die den Arbeitsplatzverlust im fossilen Sektor abfedert). Im Die herrschende Politik lässt allerdings nicht den nötigen Ausbau der erneuerbaren Energien erkennen; wenn wir keine Nutzung von russischem Gas wollen, müssen wir sehr deutlich auf den Ausbau der erneuerbaren Energien und den Ausbau der Wärmedämmung dringen.
- Letzteres sollte auch bei Aktionen zur Verhinderung von CETA deutlich gemacht werden.
- Es muss auch um eine Abwicklung klimaschädlicher Industrien gehen.
- "Energiewende - wenn nicht jetzt, wann dann?" Mit dieser Forderung könnten wir das aktuelle Möglichkeitsfenster in der Debatte nutzen.
- Subventionen für fossile Energien sorgen nach wie vor für ein Wachstum des fossilen Sektors
- Russisches Gas darf nur durch Verbrauchsreduktion oder Erneuerbare ersetzt werden

Frage nach dem Preismodell

- Es braucht bezahlbare Preise für alle Menschen (z.B. auch Menschen in der Grundsicherung und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz)
- Zu unseren Forderungen sollte ein Moratorium gefordert werden, dass niemandem wg. Zahlungsausfällen der Gashahn abgedreht oder die Wohnung gekündigt werden darf
- Tägliches Duschen oder gesundheitsförderliches Heizen darf nicht als Luxus gebrandmarkt werden
- Geplant sind aktuell Forderungen nach Preisdeckelung/staatliche Subventionierung von Grundbedarfen --> das (ein Grundkontingent an Energie) muss (steuerfinanzierte) öffentliche Infrastruktur werden und darf die Verbraucher*innen nichts kosten (Mehrbedarfe können dem Markt überlassen werden)

Frage der Finanzierung

bei Finanzierungsfragen müssen wir darauf hinweisen, dass ein massiver Ausbau erneuerbarer Energien die Folgekosten der Klimakatastrophe reduzieren

Streichung der Subventionen für fossile Energien spart ebenfalls Ausgaben ein

Frage der Unternehmensstrukturen / Vergesellschaftung

- Uniper müsste, wenn es abgesichert wird, vergesellschaftet werden
- Vergesellschaftungen zuletzt noch schwer durchsetzbar (s. "Deutsche Wohnen enteignen")

Frage nach der Sprache

- These: Wir können von der Politik nichts fordern; es geht darum, eine radikale Bewegung auf die Straße zu bringen.
- Erwiderung: Attac sollte weiterhin zweigleisig fahren, also mit utopischem Überschuss gleichzeitig auf aktuelle Notwendigkeiten (und mögliche Durchsetzbarkeit) hinweisen
- Es braucht eigentlich eine Strategiedebatte, die über die Tagespolitik hinausgeht und unsere darüber hinausgehenden grundsätzlichen Forderungen kampagnenfähig macht

Kleingruppe Verkehr

Was uns beschäftigt und was im Rahmen der Kampagne betroffen ist:

Ausbau ÖPNV insbesondere auf dem Land, Tempolimit, Autofreie Innenstadt, 9 € Ticket, Mobilität für jeden zugänglich, soziale Teilhabe (Recht auf Mobilität; Recht auf gesellschaftliche Teilhabe), Bahn darf nicht an die Börse; Rückführung, Klimafrage kontra Pender*innen Pauschale, Güterverkehr -> lokale Produktion, genügend Personal in den Zügen um Sicherheit insbesondere für POC oder anderer marginalisierter Gruppen Personen sicherzustellen,

Nach Möglichkeit auf nicht zu viele Themen ausfransen.

Maximal 29 € vielleicht auch eher 19 € öffentlich auf jeden fall bei 9 € bleiben.

Neun Euro Ticket muss bleiben.

Slogan für Mobilität:

8.9. Statistisches Bundesamt: Bahnreisen haben um 40% zugenommen

Kleingruppe Wohnen

Breites Spektrum: auch Nebenkosten (Heizung usw.)

Ausreichend bezahlbare Wohnungen entsprechend der Einkommenssituation der Bevölkerung - auch ausreichend im Niedrigpreissektor - angemessene Wohnungen in der Stadt

Recht auf Stadt, Gemeinwohl

Berlin: Erfolg beim Volksentscheid "deutsche Wohnen und Co enteignen" erfolgreich, aber Senat verzögert => weiter in Öffentlichkeit tragen

"Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts" - Geflüchtete: auch durch Klima

Auch bei großen Wohnungsgenossenschaften: Vorstand entscheidet, nicht die Mitglieder - sind nicht mehr demokratisch - Der Begriff Genossenschaft wird durch die Privatisierung nicht nur verwässert sondern ist Marketing geworden

Berichte aus Städten - öffentlicher Wohnungsbau - Spekulation mit Wohnungen - Mietbremse - Privatisierung - Nebenkosten usw.

Für Obdachlose: Obdachlosenunterkünfte oder Zwangswohngemeinschaften

Berichte aus Göttingen - Würzburg - Berlin - Umfeld von Dresden

In Dresden: Mietsteigerung (Vonovia usw.), Bau im Hochpreissektor, Alternative Miethäusersyndikat im Ort: kommunale GmbH und Genossenschaft: bezahlbar, aber undemokratisch, jahrelange Versuche erfolglos, dezentrale Unterbringung von Geflüchteten auch im Haus hilft gegen Leerstand, Problem: Ausweisung von Bauland für Einfamilienhäuser (Ergänzung: liegt auch an Förderpolitik)

Wie Medien erreichen? Meinungsfreiheit? Demokratie?

Bündnisse vor Ort bilden

2.-6. November in Athen: European Action Coalition FOR THE RIGHT OF HOUSING AND TO THE CITY

1. Oktober bundesweiter Aktionstag

1. Okt. in Berlin 14 Uhr Neptunbrunnen (Mitt): Keinen Euro für Krieg und Zerstörung! Statt dessen Milliarden für eine soziale, gerechte und ökologische Friedenspolitik!

TOP 5: Bestätigung der AGs Kommunen und De-Privatisierung

Siehe deren Berichte.

Beide AGs werden nach einigen Nachfragen und Ergänzungen zu den Berichten bestätigt

Top 6: Nachwahl AGs und PGs des Rates

Annette Schnoor kandidiert für die Vorbereitungsgruppe Ratssitzung und VG Ratschläge.

Anne kandidiert für die AG Kirchentag

Beide gewählt

Hinweis zu AG Struktur: Der Kokreis hat eine Besetzungsänderung vorgenommen:

Carmen nimmt nun für Judith teil.

Top 7: Rücknahme Beschluss des Rates zur PG "Soziale Frage"

Einbringung des Antrages durch Brigitte: Antrag lag allen vor und wird kurz vorgestellt.

Kern des Antrages geht um Diskussionsbereitschaft. Ziel ist es, dass bei Dissens ein Rederecht besteht. Mitglieder haben das Gefühl, dass sie nicht gehört wurden. Bei der letzten Ratssitzung wurde die PG geschlossen, ohne der PG zu hören. Die PG arbeitet gut und möchte gerne weiterarbeiten.

Alfred zum Antrag:

Die VG hat aufgrund von Vorschlägen einen Antrag gestellt, die PG zu schließen. Es ist normal nach der Rats-Neuwahl Neustrukturierungen durchzuführen.

Die PG hat sich gegründet um Corona zu bearbeiten. Sie hat jedoch darüber hinaus Themen aufgegriffen.

Sie hat als Rats-PG das Recht bekommen öffentlich als Attac aufzutreten. Es geht nicht darum, die PG aufzulösen, sondern lediglich ihre Stellung zu ändern. Die Arbeit der PG kann weiter stattfinden, öffentliche Stellungnahmen sind jedoch mit den zuständigen AGs abzusprechen. Die Vorbereitungsgruppe entschuldigt sich dafür, dass keine Anhörung stattgefunden hat.

Helmut aus PG soziale Frage:

Er ist verstört, dass es so einfach geht, dass die PG geschlossen wird. Es ist unverständlich wieso nicht die PG bei der Schließung gehört wurde.

Renate aus der PG soziale Frage:

Die PG arbeitet seit anderthalb Jahren, und kann nicht verstehen, dass die nicht gehört wurden. Sie arbeiten schwerpunktartig zum Thema Armut. Es hat einen Arbeitsgruppe Rente gegeben, welche ein kleiner Gruppe gebildet. Sie haben nicht zu Gesundheit und Wohnen gegeben. Sie wünschen sich, dass ihr Schwerpunkt Armut weiter erhalten bleiben muss.

Reiner aus der PG soziale Frage:

Ist 2021 in die PG soziale Frage dazu gekommen. Sehr produktiver Prozess über viele Regionalgruppen. 2021 hat er in der Gruppe an einem Rentenkonzept gearbeitet. Bis dahin hat es kein Rentenkonzept gegeben und hat angefangen dort daran weiter gearbeitet. Prozess war jedoch un abgeschlossen. Steuerkonzept der auf dem Ratschlag beschlossen wurde ist unzureichend. Jedoch kein Gegensatz. Es hat eine Neuorientierung im Anschluss an den Ratschlag gegeben. Ungewissheit wo die Menschen die seit langem aktiv zusammen arbeiten weiter aktiv bleiben können.

Chris aus dem Attac Rat:

Koordination ist der Hauptauftrag der PG. Die PG hätte die bestehenden Rentenkonzepte von attac finden können. Sie haben damit den Rahmen ausgereizt.

Thomas EK aus dem Attac Rat:

Der Rahmen wie die Schließung stattgefunden hat ist doof. Die PG hat wie eine Bundesweite AG gearbeitet. Zum Thema Renten wäre die AG Soziale Sicherungssysteme gut. Wenn es keine AG besteht ist eine Neugründung möglich. Leider hat sich die PG über den Rahmen einer PG hinausgeschossen.

Werner aus dem Attac Rat:

Niemand hat vor eine bundesweit arbeitende Gruppe zu schließen. Die Projektgruppe wurde für eine bestimmte Aufgaben gegründet. Dies hat jedoch kaum stattgefunden. Die Rats-PG arbeitete zu einem anderen Thema. Es ist super, dass dort Menschen aktiv sind. An dem was die PG gearbeitet hat ist nichts neu. Als Projektgruppe kann natürlich eine Weiterentwicklung stattfinden.

Stephan aus dem Attac Rat:

Für unsere Strukturen ist der Ratschlag zuständig. Wer als bundesweite Arbeitsgruppe arbeiten möchte muss dies an dem Ratschlag besprechen. Die Menschen die in der PG aktiv sind, sind leider in etwas rein geraten, was aus ihrer Perspektive nicht verstanden werden konnte. Der Rat muss zukünftig darauf achten welche PGs es gibt.

Ingeborg:

Keine Unhöflichkeit die PG zu beenden, sondern eine Verletzung der Transparenz. Die meisten Veranstaltungen waren intern, oder es waren öffentliche Auftritte von einzelnen Regionalgruppen. Die PG war nicht nur für Corona gegründet, sondern auch explizit zum Thema Armut. Die Einrichtung einer PG muss begründet werden, die Erhaltung auch und genau so auch die Schließung der Gruppe. Die Webseite wurde unzugänglich gemacht. Obwohl die Gruppe sehr aktiv gewesen ist.

Marie Dominique:

Der Attac-Rat hat eine PG eingesetzt die von aktiven aus den Regionalgruppen unterstützt werden sollte. Die Mailliste der PG wurde auch von Alfred und anderen des Rates abonniert. Es wurde nie gesagt, dass die PG außerhalb ihres Rahmens arbeitet. Es wurde versucht, sich mit anderen AGs zu vernetzen. Es muss besprochen werden wie es für die PG weiter geht. Wie wird praktisch weiter gemacht.

Ulrike aus dem Attac Rat:

Ich war gegen die Gründung der Gruppe. Sah keine Synergieeffekte, die daraus hätten entstehen können. Sie hat von der PG nie jemanden getroffen außer Marie Domenique und freut sich endlich auch noch mehr kennen zu lernen.

Helmut:

War nicht bekannt was passiert. Findet es doof, wie es gelaufen ist. Hätte sich gewünscht, dass die Menschen der PG eingeladen werden zu einer Videokonferenz um die Dinge zu klären.

Alfred:

Nochmals zur Klarstellung: Die PG wurde nicht beendet, sondern lediglich der Sonderstatus als Rats AG wurde beendet. Erst nach Abspreche wurden auf der Website die Verlinkungen entfernt. Die Mailingliste existiert immer noch.

Ergebnis:

Antrag auf Rücknahme des Beschlusses wurde klar abgelehnt. Aber die Perspektiven bestehen weiter.

Top 8: Berichte

- Mechthild zum **Erneuerungsprozess Webinar:**

Soziale Gerechtigkeit: Ein gutes Leben für alle am Sonntag 18.9. 13 h bis 17 h

World Cafe Texte werden vorgestellt, Berichte von aktuellen Themen, Sozialpolitik, Mobilität und Energiepreise

S. Kron, Professorin für soziale Arbeit in Berlin, wird sprechen über:

Leiharbeit / Inflation / Solidarische Städte

- Gabriele zur **nächsten Ratssitzung** Ende November:

Inkl. Prozessbegleitung, Konfliktbearbeitung, Infos folgen per Mail

- Alfred zur **Kampagne Aktienrente**

Ampel will einen Teil der Rentenbeiträge in den Kapitalmarkt verlagern.

Kampagne wurde gestartet mit PM

Einstieg in kapitalgedeckte Altersvorsorge wollen wir nicht, auch weil die Leistungsminderung nicht dem Umlagesystem geschuldet ist.

Bisher profitieren Rentner wenn die Löhne steigen, diese Koppelung soll aufgelöst werden

Siehe attac.de/rente inkl. Petition

Hickel und Butterwege sind Erstunterzeichner.

Die PG trägt gern dazu was vor vor Ort auf Anfrage

DISKUSSION:

Die Kampagne zur sozialen Bürgerversicherung geht unabhängig davon weiter für Alter, Pflege und Gesundheit.

Keine Privatversicherung, keine Arbeitnehmersversicherung wollen, sondern Bürgerversicherung, alle sollen dort einzahlen. Beitragsbemessungsgrenzen abschaffen

Anderer wollen nicht, dass Gewinne verbeitragt werden

Alleinstellungsmerkmal von Attac: Keine Gruppe außer Attac ist so aufgestellt

- Stephan zu **Aufstehen gegen Rassismus**

Konferenz am 24. bis 26. September

AfD stellt sich für den Herbst auf,

von Attac kommt was zur AfD und Antifeminismus sowie AfD zur sozialen Frage

Im Oktober sind in Niedersachsen Landtagswahlen, deshalb in Hannover

- AG Europa plant **Tagung "Soziales Europa"** für den 19. November

auch Energie wird eine Rolle spielen, evtl. auch das Thema Krieg

- Matthias weist auf die **Konferenz der BAG Globalisierung und Krieg** am 23/24. September in Frankfurt hin, Programm wurde verschickt

Schwerpunkt ist Ukrainekrieg, aber auch andere globale Konflikte werden Thema sein, verschiedene Personen und Bündnispartner:innen aus der Friedensbewegung nehmen teil

- **Rückblick ESU**

Harald weist auf die Dokumentation hin unter www.ESU22.eu, Vorbereitungszeit war ziemlich kurz, aber es war gut! Es gab verschiedene Nachbesprechungen, vielleicht protestieren wir noch gegen Nichterteilung von Visas für Gäste

- **PG Struktur** hat sich erst einmal getroffen, berichtet kurz auf dem Ratschlag, aber kann dort noch keine Vorschläge präsentieren (Alfred)

- Thomas EK: **Hinweis auf den Ratschlag** am 21. bis 23. Oktober mit Schwerpunkt Krise, mit Verabschiedung Haushalt Attac

- **Einführung in Discourse** am 20.9. um 16 Uhr bei dem das Webteam Discourse für die Ratsarbeit erläutert, es wird noch weitere Unterstützung durch Aaron, Erik und das IT-Team geben

TOP 9: Feedback und Verabschiedung

Keine Wortmeldung